



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
38. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.09.2025
Sitzungsbeginn:	16:33 Uhr
Sitzungsende:	18:03 Uhr
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Peter Petereit - SPD Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender

Michelle Akyurt - CDU

Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Teilnahme ab TOP 5.2

Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender

Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender

Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender

Sandra Odendahl - SPD

Renate Prüß - SPD

Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL

Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende

Bernhard Simon - CDU

Detlev Stolzenberg - Die Fraktion

Frank Zahn - SPD

Andreas Zander - CDU

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Tim Stüttgen - Volt (fraktionslos)

Gregor Voht - Freie Wähler (fraktionslos)

Beiratsmitglieder

Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Jochen Mauritz - CDU

Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	
Verwaltung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Ralf Kusmierz - 2.020 FBC	
Britta Kappelmann - 1.300 Recht	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Dieter l'Orteye - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Kai Neumann - Gesamtpersonalrat Vorsitz	Teilnahme bis TOP 6.3
Entschuldigte Mitglieder	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)	entschuldigt
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	entschuldigt
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.07.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.07.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort zur Anfrage von Dr. Axel Flasbarth zum Sachstand Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	VO/2024/13498-01
3.2	Antwort auf mündl. Anfrage des AM Frank Zahn (SPD) zur Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum	VO/2025/14144-02
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Stromausfall in Lübeck	VO/2025/14496
3.4	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Kommunalen Zuschuss für die Messe GO.GRØØN	VO/2025/14497
3.5	AM Andreas Zander (CDU): Beantwortung von Fragen	VO/2025/14520
3.6	AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern	VO/2025/14518
3.7	AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035	VO/2025/14522
3.8	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Schließung Heiligen-Geist-Hospital	VO/2025/14537
3.9	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Mögliche Sorgfaltspflichtverletzung des Bürgermeisters bzgl. des Brandschutzkonzeptes im HGH	
3.10	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Schulte-Ostermann: Erscheinen der Antwort zur Anfrage "Ausfälle und technische Probleme mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen und Kitas" (VO/2025/13901)	
3.11	NEU: Mündl. Anfrage des AM Schulte-Ostermann: Gespräch mit der Verwaltung zur Wohnsituation in der Klipperstraße 16 - 20	
3.12	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Sachstand zum Bolzplatz in Groß Steinrade	

3.13	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Fürter: Erscheinen von Vorlagen zur kommunalen Wärmeplanung	
3.14	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Erscheinen eines Berichts zum verwaltungsseitigen Umgang mit Haushaltsbeschlüssen zum Stellenplan 2025	
3.15	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Identifikation von Einsparpotenzialen bei Softwarelizenzgebühren	
3.16	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Siegenbrink: Erscheinen der Antwort zur Anfrage "Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants" (VO/2025/12918)	
3.17	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Siegenbrink: Zwei Stellungnahmen für den Ausschuss für Soziales am 16.09.2025	
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2025/14056
5.2	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2026	VO/2025/14378
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL: Gedenktag für die Opfer von Femiziden - Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen sichtbar machen	VO/2025/14241
6.1.1	ÄA des AM Juleka Schulte-Ostermann zu: Fraktion LINKE & GAL: Gedenktag für die Opfer von Femiziden - Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen sichtbar machen	VO/2025/14241-01
6.2	AfD: Beflaggung an Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14326
6.3	AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP zu: Initiative zur Entlastung der Verwaltung kommunales Vorschlagswesen zum Bürokratieabbau auf drei Ebenen	VO/2025/14433-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Beirat für Senior:innen Antrag betr. Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken	VO/2024/13371-02
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	

10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:33 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit (zunächst 14 anwesende stimmberechtigte Mitglieder; nach dem Erscheinen von AM Balke um 17:03 Uhr 15 anwesende stimmberechtigte Mitglieder).

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen würden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bürgermeister in der heutigen Sitzung durch Senatorin Steinrücke vertreten werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

NEU TOP 3.5

AM Andreas Zander (CDU): Beantwortung von Fragen (VO/2025/14520)

NEU TOP 3.6

AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern (VO/2025/14518)

NEU TOP 3.7

AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035 (VO/2025/14522)

NEU TOP 3.8

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Schließung Heiligen-Geist-Hospital (VO/2025/14537)

NEU TOP 6.1.1

ÄA des AM Juleka Schulte-Ostermann zu: Fraktion LINKE & GAL: Gedenktag für die Opfer von Femiziden - Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen sichtbar machen (VO/2025/14241-01)

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 22.07.2025 folgende Beschlüsse (als Empfehlung für die Bürgerschaft) im nichtöffentlichen Teil gefasst habe:

- Beamtenangelegenheiten, soweit der Hauptausschuss die Entscheidung trifft, Beförderung einer Bereichsleitung
- Beamtenangelegenheiten, soweit der Hauptausschuss die Entscheidung trifft, Beförderung einer Bereichsleitung

- Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Ersatzbeschaffung von Server-Hardware für die Rechenzentrums Umgebung über Dataport durchzuführen.
- Der Bürgermeister wird beauftragt,
 1. die entsprechenden Verträge mit der MACH AG abzuschließen, um die Laufzeit der MACH-Software im aktuellen Funktionsumfang bis 09/2029 zu sichern.
 2. die Mittel für die Vertragsverlängerung im Produkt 111012 Haushalt und Steuerung im Haushalt 2026 zu ordnen. Für die Folgejahre bis einschließlich 2029 ist die haushalterische Ordnung herzustellen.
- Der Verkauf eines Grundstücks in der Schlutuper Straße wurde beschlossen.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Isegrimmstraße mit der Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Reetweg mit den zukünftigen Erbbauberechtigten zu.,
- Das Grundstück Zur Teerhofsinsel 16 ist im Bereich der vorhandenen Altlasten zu versiegeln und für eine künftige Nutzung als Gewerbegrundstück vorzubereiten.
- Der Hauptausschuss lehnt einen Antrag bzgl. der vorherigen Angelegenheit ab.
- Die Bürgerschaft stimmt dem Verkauf des Grundstücks in der Schönböckener Straße zu.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt die Stadtwerke Lübeck Innovation GmbH mit dem Betrieb der dezentralen Netzwerke und Serversysteme an den 51 allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck zu beauftragen.
- Der Hauptausschuss stimmt dem Besetzungsvorschlag für die Werkleitung der Lübecker Schwimmbäder und der Abberufung der kommissarischen Werkleitung zu.
- Mit der Umsetzung der Maßnahme „Herstellung der Fläche um die neue Werkstatt“ wird begonnen.

Der Hauptausschuss und die Öffentlichkeit nehmen Kenntnis.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung der TOP 2.1, 2.2, 11.1 und 11.2, da die Niederschriften noch nicht vorlägen.

Der Vorsitzende lässt en bloc über die Vertagungen abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Angelegenheiten unter TOP 2.1, 2.2, 11.1 und 11.2.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.07.2025

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.07.2025

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Antwort zur Anfrage von Dr. Axel Flasbarth zum Sachstand Heiligen-Geist-Hospital (HGH)
Vorlage: VO/2024/13498-01**

AM Dr. Flasbarth möchte im Zusammenhang mit der vorliegenden Antwort mehrere Dinge wissen:

(1) Aus welchen Gründen hat die Beantwortung der gestellten Fragen derart lange gedauert? Die Anfrage sei bereits am 15.10.2024 im Hauptausschuss eingereicht worden.

(2) Wie hoch ist der der HL entstehende finanzielle Gesamtschaden bis zum Zeitpunkt der voraussichtlichen vollständigen Belegung des HGH Mitte 2026?

(3) Die Antwort zur Frage 3 gehe an der gestellten Frage vorbei. Es gehe um die konkrete Frage, ob der Bürgermeister seine Entscheidung aus dem Juni 2022, in der einen Hälfte des HGH das Brandschutzkonzept nicht umzusetzen, aus rechtlicher Perspektive überhaupt treffen durfte und ob die Bürgerschaft nicht zu beteiligen gewesen wäre.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

AM Akyurt bittet darum, die drei beigefügten Gutachten auch noch einmal im Ausschuss für Soziales diskutieren zu lassen.

Senatorin Steinrücke sagt dies zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.2 Antwort auf mündl. Anfrage des AM Frank Zahn (SPD) zur Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum
Vorlage: VO/2025/14144-02**

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.3 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Stromausfall in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14496

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Fürter, Senatorin Steinrücke, AM Zahn und der Vorsitzende.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Kommunalen Zuschuss für die
Messe GO.GRØØN
Vorlage: VO/2025/14497

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.5 AM Andreas Zander (CDU): Beantwortung von Fragen
Vorlage: VO/2025/14520

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass sich die Antwort zur Anfrage VO/2025/14047 in Bearbeitung befinde und dass eine Arbeitsgruppe zur Zusammenstellung der fraglichen Daten gegründet worden sei. Man rechne mit einer Antwort nach den Herbstferien. Die Antwort zur Anfrage VO/2025/14354 werde dem Hauptausschuss voraussichtlich am 14.10.2025 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.6 AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern
Vorlage: VO/2025/14518

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.7 AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur
Herstellung der Klimaneutralität 2035
Vorlage: VO/2025/14522

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.8 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Schließung Heiligen-Geist-Hospital
Vorlage: VO/2025/14537**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.9 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Mögliche Sorgfaltspflichtverletzung des Bürgermeisters bzgl. des Brandschutzkonzeptes im HGH

AM Dr. Flasbarth möchte in Ergänzung zu seinen Nachfragen unter TOP 3.1 folgende Frage durch den Bereich Recht beantwortet haben:

Hat der Bürgermeister mit seiner Entscheidung aus dem Juni 2022, in der einen Hälfte des HGH das Brandschutzkonzept nicht umzusetzen, eine Sorgfaltspflichtverletzung begangen?

Es gelte dabei zu beachten, dass einige Menschen noch bis zum Herbst 2023 im brandschutzkonzeptlosen Teil des HGH gewohnt hätten.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.10 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Schulte-Ostermann: Erscheinen der Antwort zur Anfrage "Ausfälle und technische Probleme mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen und Kitas" (VO/2025/13901)

AM Schulte-Ostermann fragt danach, wann sie mit einer Antwort auf ihre Anfrage VO/2025/13901 rechnen könne, die sie bereits im Januar 2025 eingereicht habe.

Die Verwaltung sagt zu, den voraussichtlichen Vorlagezeitpunkt nachzureichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage zur Kenntnis.

zu 3.11 NEU: Mündl. Anfrage des AM Schulte-Ostermann: Gespräch mit der Verwaltung zur Wohnsituation in der Klipperstraße 16 - 20

AM Schulte-Ostermann berichtet davon, dass die Vermieterin der fraglichen Immobilie laut eigener Aussage aktuell dabei sei, einen Gesprächstermin mit dem Bürgermeister bzw. der Verwaltung zur Wohnsituation in der Klipperstraße 16 - 20 abzustimmen. Sie möchte in diesem Zusammenhang Folgendes wissen:

(1) Hat das Gespräch mit der Verwaltung bereits stattgefunden?

(2) Falls ja: Was waren die konkreten Inhalte des Gesprächs?

(3) Falls nein: Für wann ist das Gespräch terminiert?

Die Verwaltung sagt zu, eine Antwort nachzureichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.12 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Sachstand zum Bolzplatz in Groß Steinrade

AM Siegenbrink fragt nach dem aktuellen Sachstand bzgl. des Bolzplatzes in Groß Steinrade.

Die Verwaltung sagt zu, den aktuellen Sachstand nachzureichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.13 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Fürter: Erscheinen von Vorlagen zur kommunalen Wärmeplanung

AM Fürter spricht die im Januar von der Bürgerschaft beschlossene kommunale Wärmeplanung an. Bis zum Sommer 2025 sollten Vorlagen zu den nächsten Ausbauschritten aus Sicht der Stadtwerke und der HL selbst in die Gremien eingebracht werden. Dies sei nicht erfolgt. Er möchte wissen, wann mit dem Erscheinen der Vorlagen zu rechnen sei.

Senator Hinsen teilt mit, dass die Vorlage der HL kürzlich im Senat beraten worden sei. Sie werde zeitnah die Gremien erreichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.14 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Erscheinen eines Berichts zum verwaltungsseitigen Umgang mit Haushaltsbeschlüssen zum Stellenplan 2025

AM Dr. Flasbarth berichtet davon, dass die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltssitzung 2024 etwa fünf Planstellen weniger beschlossen habe, als die Verwaltung in ihrem Entwurf vorgeschlagen hatte. Gleichzeitig habe man die Erarbeitung eines Berichts zum verwaltungsseitigen Umgang mit dieser Differenz von etwa fünf Stellen beschlossen. Er möchte wissen, wann mit der Vorlage des Berichts gerechnet werden könne und ob man annehmen dürfe, dass er noch rechtzeitig zur diesjährigen Haushaltsberatung im Hauptausschuss erscheint.

Die Verwaltung sagt zu, eine Antwort nachzureichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage zur Kenntnis.

Nachtrag zur Niederschrift:

Der fragliche Bericht wird der örtlichen Politik zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft im November 2025 vorgelegt.

zu 3.15 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Identifikation von Einsparpotenzialen bei Softwarelizenzgebühren

AM Dr. Flasbarth berichtet davon, dass es beim Land große und erfolgreiche Anstrengungen gebe, kostenintensive Softwarelizenzgebühren durch den Einsatz von Open-Source-Softwarelösungen zu reduzieren bzw. gänzlich zu umgehen. Er fragt danach, ob die Verwaltung bis zur Haushaltssitzung eine Übersicht zu den Softwarelizenzkosten der HL vorlegen und aufzeigen könne, welche Anstrengungen die HL bereits unternimmt, um solche Kosten zu senken.

Die Verwaltung sagt zu, eine Übersicht zu erarbeiten.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.16 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Siegenbrink: Erscheinen der Antwort zur Anfrage "Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants" (VO/2025/12918)

AM Siegenbrink möchte wissen, wann sie mit dem Erscheinen der Antwort zu ihrer Anfrage VO/2024/12918 aus dem Januar 2024 rechnen könne.

Senatorin Frank teilt mit, dass sie davon ausgehe, dass die Antwort zeitnah vorgelegt werden könne.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.17 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Siegenbrink: Zwei Stellungnahmen für den Ausschuss für Soziales am 16.09.2025

AM Siegenbrink spricht die Sitzung des Ausschusses für Soziales in der kommenden Woche an und fragt danach, ob die erbetenen Stellungnahmen zur Migrationsberatung und den Schutzwohnungen zur Sitzung vorliegen würden.

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass die Stellungnahmen aufgrund von personellen Engpässen und der Ferienzeit in der kommenden Ausschusssitzung nicht vorliegen würden. Sie bemühe sich jedoch darum, zur fraglichen Sitzung aktuelle Sachstände in Erfahrung zu bringen und diese ggf. mündlich zu berichten.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

Es liegt nichts vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2025/14056

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Dr. Flasbarth, AM Zahn, AM Zander und AM Lötsch.

Man verständigt sich darauf, den Kurdirektor zum Zwecke der Klärung offener Fragen in die nächste Sitzung des Hauptausschusses einzuladen und die Beratung der Beschlussvorlage bis dahin zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

14 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2026 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan

die Erträge	Euro	4.838.000
die Aufwendungen	Euro	7.153.000
die Verlustzuweisung	Euro	2.315.000

1.2 Im Vermögensplan

die Einzahlungen	Euro	1.510.000
die Auszahlungen	Euro	1.510.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen (und Investitionsfördermaßnahmen) auf

Euro 0

2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf

Euro 0

2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf

Euro 900.000

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Beschlussvorlage.

zu 5.2 Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: VO/2025/14378

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Lötsch, der vorschlägt, die Beschlussvorlage zunächst auch im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege diskutieren zu lassen, Senatorin Frank und AM Fürter, der mehrere Fragen stellt:

- (1) Woraus setzen sich die sog. „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ zusammen?
- (2) Gibt es städtische Zuwendungen der HL an die Kulturstiftung?
- (3) Falls ja: Wie entwickeln sich die Zuwendungen der HL? Welche prozentualen Veränderungen gibt es insbesondere von 2025 hin zum Haushaltsjahr 2026?

Die Verwaltung sagt zu, entsprechende Antworten nachzureichen.

Es spricht weiterhin AM Stolzenberg.

AM Dr. Flasbarth stellt weitere Fragen, die im Hauptausschuss beantwortet werden sollen:

- (1) Die Lübecker Museen seien mit einem Defizit von 10 Millionen EUR im Haushalt ausgewiesen. Die Kulturstiftung habe hingegen einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan. Wie hängt das zusammen? Was ist ursächlich für das Defizit der Museen? Wie finanziert sich die Kulturstiftung?
- (2) Das Defizit der Lübecker Museen sei in den letzten Jahren jeweils um 10 Prozent gestiegen. Was sind die Gründe dafür?

Die Verwaltung sagt zu, entsprechende Antworten nachzureichen.

Man verständigt sich vor dem Hintergrund der noch offenen Fragen und der angedachten Beratung im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege darauf, die Beratung der Beschlussvorlage im Hauptausschuss erst einmal zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von 5.712.900
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 5.712.900
- einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von 0 €

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 5.524.200
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 4.931.500 €
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit 30.000 €
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzstätigkeit 50.100 €

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Beschlussvorlage.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL: Gedenktag für die Opfer von Femiziden - Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen sichtbar machen Vorlage: VO/2025/14241
--

Diese Angelegenheit wurde von der Bürgerschaft zur abschließenden Entscheidung in den Hauptausschuss überwiesen.

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit derjenigen unter TOP 6.1.1 beraten. Siehe Niederschrift zu TOP 6.1.1.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadt Lübeck führt einen Gedenktag ein, um Mädchen und Frauen zu gedenken, die durch geschlechtsspezifische Gewalt getötet wurden.
2. Der Gedenktag soll jährlich am 10. März stattfinden.
3. Die Stadt Lübeck richtet dazu eine öffentlich zugängliche Veranstaltung aus.

**zu 6.1.1 ÄA des AM Juleka Schulte-Ostermann zu: Fraktion LINKE & GAL: Gedenktag für die Opfer von Femiziden - Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen sichtbar machen
Vorlage: VO/2025/14241-01**

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit derjenigen unter TOP 6.1 beraten. Der vorliegende Änderungsantrag ersetzt nach dem Willen der Antragstellerin den ursprünglichen Antrag unter TOP 6.1.

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Schulte-Ostermann, AM Balke, AM Odendahl, AM Akyurt, AM Fürter, Frau Sasse und AM Pruß.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Antrag:

Die Stadt Lübeck etabliert eine Gedenkveranstaltung für Mädchen und Frauen, die durch geschlechtsspezifische Gewalt getötet wurden.

Das Datum für die Veranstaltung ist in Rücksprache mit der KIK Koordination zu wählen und soll sich jährlich wiederholen. Der Termin sollte losgelöst vom 08. März (internationaler Frauentag) und dem 25.11. (Orange Day) stattfinden, um der Veranstaltung ausreichend Aufmerksamkeit zu geben.

Die Veranstaltung soll öffentlich zugänglich sein und Trauerbeflaggung am Rathaus sowie Redebeiträge des Bürgermeisters /der Bürgermeisterin und/oder Stadtpräsident:in beinhalten.

Auf den Begriff „Femizid“ soll besonders aufmerksam gemacht werden.

Andere Gemeinden/Kreise sollen aufgefordert werden, sich anzuschließen, um eine landesweite Gedenkveranstaltung etablieren zu können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 6.2 AfD: Beflaggung an Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14326

Diese Angelegenheit wurde von der Bürgerschaft zur abschließenden Entscheidung in den Hauptausschuss überwiesen.

AM Lötsch beantragt die Vertagung der Beratung des Antrags und begründet dies auf Nachfrage einiger Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Dienstgebäude und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck sind, soweit ein Fahnenmast vorhanden ist, ganzjährig mit der Nationalflagge zu beflaggen.

Zudem ist zu prüfen, an welchen Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck die Aufstellung eines Fahnenmastes möglich ist, um auch dort die Nationalflagge ganzjährig zu hissen. Bei der Prüfung ist eine Kostenanalyse zu erstellen. Diese Maßnahmen sollen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen zur Beflaggung des Bundes und der Länder erfolgen und in den Zuständigkeitsbereich der Hansestadt Lübeck aufgenommen werden. Andere Nationalflaggen dürfen nur zu besonderen Anlässen, z.B. beim Empfang von Gästen einer Städtepartnerschaft und zusätzlich zur deutschen Nationalflagge gehisst werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung des Antrages.

zu 6.3 AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP zu: Initiative zur Entlastung der Verwaltung kommunales Vorschlagswesen zum Bürokratiedebau auf drei Ebenen
Vorlage: VO/2025/14433-01

Diese Angelegenheit wurde von der Bürgerschaft mit der Maßgabe der erneuten bürgerschaftlichen Beratung zur Vorberatung in den Hauptausschuss überwiesen.

Zu dieser Angelegenheit spricht zunächst Senatorin Steinrücke, die für die Verwaltung um die Vertagung der Beratung des Antrags um eine Sitzung bittet. In der kommenden Sitzung würden dann zunächst das städtische Ideenmanagement sowie die verwaltungsinterne Aufgabenkritik präsentiert.

Es sprechen zudem AM Lötsch, AM Schulte-Ostermann, Herr Groth, BM Voht, AM Petereit, AM Dr. Flasbarth, AM Fürter, AM Zander, AM Simon und Senator Hinsen.

AM Simon beantragt zur Geschäftsordnung die Schließung der Redeliste.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen:

13 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimme / 1 Enthaltung

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die Schließung der Redeliste.

AM Lötsch beantragt die Vertagung der Beratung des Antrags um eine Sitzung.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit den anderen kreisfreien Städten des Landes Schleswig-Holstein und unter Berücksichtigung des bereits vereinbarten Entbürokratisierungspaktes zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden, einen ähnlich strukturierten Prozess innerhalb der Stadt zu starten.

Ziel ist es, einen Prozess durchzuführen, bei dem alle Mitarbeitenden aufgefordert sind, Maßnahmen zur Entlastung der Verwaltung zu benennen – auf folgenden Ebenen:

Kommunale Ebene:

- Welche eigenen Vorschriften, Verfahren oder Satzungen können gestrichen, vereinfacht oder digitalisiert werden?

Landesebene:

- Welche landesrechtlichen Vorgaben erschweren eine flexible oder kosteneffiziente kommunale Praxis und sollten geändert werden?

Bundesebene:

- Welche bundesgesetzlichen Regelungen verursachen vermeidbaren Aufwand und sollten angepasst oder abgeschafft werden?

Verfahren:

Das verwaltungsinterne Vorschlagswesen / Ideenmanagement kommuniziert die Maßnahme verwaltungsintern, ruft zur Beteiligung auf, sammelt Vorschläge und wertet sie aus.

Alle auf den Ergebnissen basierende kommunalen Vorschläge werden in einer Liste aggregiert dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

In enger Zusammenarbeit mit den anderen kreisfreien Städten erstellt das verwaltungsinterne Vorschlagswesen ein konsolidiertes Maßnahmenpaket für das Land sowie ein weiteres Paket für den Bund.

Diese Listen werden über die kommunalen Spitzenverbände an das Land Schleswig-Holstein und den Bund übermittelt – analog zum bereits mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Prozess.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung des Antrages.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Beirat für Senior:innen Antrag betr. Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken
Vorlage: VO/2024/13371-02**

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Lötsch, Senatorin Steinrücke, Herr Böhm, AM Petereit, AM Siegenbrink und AM Fürter.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Antrag:

Der Hauptausschuss möge aufgrund der Frist 30.09.2025 bereits jetzt beschließen:

Der Bürgermeister möge die Kooperationsvereinbarung:

Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken (HPNW) durch eine Netzwerkkoordinatorin oder einen Netzwerkkoordinator

gemäß § 39d SGB V

für das Förderjahr 2026

unterzeichnen und die dazu notwendigen Finanzmittel von EUR 15.000,-- in den Haushalt einstellen.

Eine Förderung von EUR 15.000,-- kann nur dann erhalten werden, wenn folgende Bestätigung vorliegt:

Bestätigung des Landkreises/der kreisfreien Stadt über eine beabsichtigte/zugesagte Förderung der Netzwerkkoordination nach § 3 Abs. 10 der Förderrichtlinie nach § 39d Abs. 3 SGB V

Zum Förderantrag lt. o.a. Netzwerkkoordination muss auch ein Konzept und Kooperationsvereinbarung mit eingereicht werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:03 Uhr die Sitzung, nachdem er sich versicherte, dass es keine zu beratenden nichtöffentlichen Anfragen oder Mitteilungen gibt. Vor diesem Hintergrund gab es keinen nichtöffentlichen Teil.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Entfallen, da es keinen nichtöffentlichen Teil gab (vgl. TOP 10).

Lübeck, den 24. September 2025

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Tim Landschof
Protokollführung